

«NFA-Vater» Brassler erwartet keine Probleme bei Umsetzung

Ohne die Verwaltungsreform Bündner NFA würden die Gemeinden zunehmend an Bedeutung verlieren. Das sagt der «Chefkonstrukteur» der Vorlage, der kantonale Finanzsekretär Urs Brassler.

Von Dario Morandi

Chur. – Die Befürchtungen und Ängste im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (NFA) kann er bis zu einem gewissen Punkt nachvollziehen. Die Vorlage sei sehr kompliziert und wecke in der Öffentlichkeit ein gewisses Misstrauen, sagt der kantonale Finanzsekretär Urs Brassler.

Altes Zahlenmaterial im Umlauf

Den Grund für die Widerstände gegen das veraltungstechnische Jahrhundertprojekt ortet der Kadermann des Departements für Finanzen und Gemeinden unter anderem im Zahlenmaterial, das derzeit in der Öffentlichkeit herumgereicht wird. Dieses sei längst veraltet, weil es grösstenteils noch aus der ersten Vernehmlassungsrunde stamme. «In den letzten zwei Jahren haben wir Korrekturen vorgenommen und die Zahlen fünfmal von Fachleuten überprüfen lassen. Und jetzt sieht die Sache ganz anders aus», versichert Brassler. Und er muss es wissen: Der 49-jährige Finanzwissenschaftler ist der geistige Vater der Bündner NFA und zuvor war er Mitglied der NFA-Projektgruppe des Bundes.



Verwaltungsreform bringt Vorteile: Der kantonale Finanzsekretär und NFA-Spezialist Urs Brassler glaubt, dass mit der Bündner NFA die Bedeutung der Gemeinden gestärkt wird.

Bild Nadja Simmen

verhalte es sich mit den internen Abläufen beim Staat. Da sei seit 50 Jahren kaum mehr etwas grundlegend reformiert worden. Man habe zwar da und dort im Laufe der Zeit Korrekturen vorgenommen. Das allein reiche aber bei weitem nicht aus, um einen fairen und transparenten Finanz- und Lastenausgleich herbeizuführen, sagt er. Finanzausgleich und Aufgabenteilung hätten deshalb von Grund auf reformiert werden müssen. «Hätten wir zugewartet, bis alle Gemeindefusionen vollzogen sind, wäre alles nur noch schlimmer geworden», meint Brassler. «Letztlich hätte uns dann auch das Geld gefehlt, um die NFA finanzieren zu können.»

Bundes-NFA brachte Vorteile

Die Umsetzung der NFA, sofern sie am 7. März vom Volk gutgeheissen werden sollte, wird gemäss Brasslers Worten «absolut kein Problem sein». Er beruft sich dabei auf die vom Bündnervolk klar angenommene

NFA auf Bundesebene. Im Vorfeld hätten die Kantone «schlimmste Befürchtungen gehegt». Aber diese seien nicht eingetreten. Ganz im Gegenteil: Graubünden könne jetzt in Form von höheren Bundesbeiträgen von der Verwaltungsreform des Bundes profitieren. Im Fall der Bündner NFA sei dies für die Gemeinden ebenso der Fall, glaubt Brassler.

Kanton zieht sich nicht zurück

Die von der Gegnerschaft prognostizierten Probleme im Erziehungs- und Sozialbereich werden gemäss Brassler nicht eintreten. Der Kanton weise zwar die entsprechenden Aufgaben mehrheitlich den Gemeinden zu. Er ziehe sich aber gleichzeitig nicht aus der Verantwortung zurück. Als gutes Beispiel, wie eine Gemeinde mit der Handhabung des Sozialwesens klar kommt, nennt Brassler Davos. Vorbildlich, was die Vorbereitung auf die NFA angeht, sei auch die Stadt Chur. Und das ist für Brassler der zentrale Punkt:

Indem man den Gemeinden diese Aufgaben übertrage, würde die Bedeutung der Kommunen weiter gestärkt. «Bei einer weiteren Zentralisierung staatlicher Aufgaben würden die Gemeinden langsam ausbluten und immer mehr an Bedeutung verlieren», sagt er. Die NFA betrachtet er deshalb als eine Art Vertrauensbeweis seitens des Kantons an die Adresse der Gemeinden.

Und was passiert, wenn die NFA im März an der Urne Schiffbruch erleiden würde? «Dann hätten wir einen Scherbenhaufen», erklärt Brassler unumwunden. Und einen so genannten «Plan B» gibt es gemäss seinen Worten im kantonalen Finanzdepartement nicht. Doch Brassler ist zuversichtlich: Die Bündner seien grundsätzlich offen für Korrekturen innerhalb der staatlichen Strukturen. Seine Zuversicht schöpft er unter anderem aus der deutlichen Zustimmung des Volkes zur Bündner Justizreform und zur NFA des Bundes.

Abstimmung 7. März
Bündner NFA
 Weitere Infos: www.suedostschweiz.ch/dossier

Dass eine Neuordnung Finanzströme und der Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden überfällig ist, verdeutlicht Brassler mit einem Beispiel: «Wenn Sie den Keller 20 Jahre lang nicht entrümpeln, herrscht dort plötzlich ein heilloses Durcheinander.» Und genau so